

Konstituierung der EVP-Fraktion

Nach dem großen Erfolg bei den Europawahlen haben die parlamentarischen Vorbereitungen für die kommende Legislaturperiode des Europäischen Parlaments begonnen. Seit Montag tagt die Fraktion der Europäischen Volkspartei EVP, zu der auch die CDU gehört, im neuen Beitrittsland Ungarn. Mit dabei in Budapest ist erstmals die neu gewählte Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle, die die Kreise Heidenheim, Ostalb, Hohenlohe, Schwäbisch Hall und Main-Tauber betreut. Ihr Fazit: "Man merkt wirklich, dass Europa größer und die Aufgabe umfangreicher geworden ist". Insgesamt 267 Kolleginnen und Kollegen der neuen und zahlreiche ausscheidende Abgeordnete der bisherigen Fraktion sind in Budapest präsent. Am 20. Juli wird sich das Parlament in Strassburg konstituieren. Zu diesem Datum legt Gräßle, die Landtagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion in Stuttgart ist, ihr Landtagsmandat nieder. Drei Punkte standen im Mittelpunkt der Beratungen in Budapest: "Wir Parlamentarier aus der EVP-Fraktion freuen uns, dass der neue Kommissionspräsident Baroso ein Konservativer ist. Wir haben die Wahl in Deutschland und Europa nicht umsonst gewonnen, sondern können Europa personell nach unserer Vorstellungen gestalten", so Gräßle. Baroso war am gestrigen Mittwoch in Budapest zu Gast und sprach vor den Abgeordneten. "Wir sind stolz darauf, dass es erstmals gelungen ist, die nationalen Regierungschefs und ihre Wahl des Kommissionspräsidenten auszubooten, sagt Gräßle. "Damit haben wir bereits jetzt einen wichtigen Punkt aus dem Verfassungsentwurf in die Tat umgesetzt: Gegen das Parlament kann kein Präsident mehr gewählt werden". Wichtig war in Budapest auch das weitere Verfahren um den Verfassungsentwurf. Am 1. Juli 2006 soll die Verfassung gelten, so das Ziel der Parlamentarier: Bis dahin sollen die EU-Mitgliedstaaten die Verfassung verabschiedet haben - ob in den nationalen Parlamenten oder per Volksabstimmung.

Der dritte Punkt war die Diskussion der Wachstumsschwäche Europas: Die Kommissare Monti und Reding warben dafür, den "Binnenmarkt zu vertiefen" und die Qualifizierung der EU-Bürger in den Mittelpunkt zu stellen. Reding wies darauf hin, dass im Schnitt der EU "20% der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen". Diese Zeitbombe für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme Europas müsse dringend entschärft werden. Gräßle ist dieses Thema ein wichtiges Anliegen: Sie hat einen Schulversuch durchgesetzt, um die Zahl der Schulabbrecher in Baden-Württemberg abzusenken. Als "beeindruckend" in der Vielfalt wertet Gräßle die ersten Kontakte zu den Kolleginnen und Kollegen aus den 25 Ländern: "Vor allem die neuen Beitrittsländer geben sich große Mühe". Ungarn etwa sei wild entschlossen, mit den anderen zu kommunizieren. Es belohnt alle Abgeordneten, die erfolgreich die offiziellen Sprachprüfungen in einer europäischen Sprache ablegen, mit 875 Euro extra monatlich.